

Anton Erkelenz auf dem 3. freiheitlich-nationalen Kongreß des Gewerkschaftsrings am 14./15. März 1926 in Berlin über das

Verhältnis zum Staat (Auszug)

[...]

Wir haben einen anderen Staat, wie wir ihn vorher hatten. Ich will nicht die Frage der Staatsform aufrollen, sie gehört heute weniger hierher. Ich gehe von der Tatsache an sich aus, will heute keine Anklage gegen den früheren Staat erheben, aber ich habe davon auszugehen, daß sich gegen das frühere staatliche, nationale Leben etwas ganz fundamental geändert hat: Wir sind vom Untertan- zum Volksstaat gekommen. Es könnte jemand sagen, das sind schöne Schlagworte. Es ist keine Frage, daß auch diejenigen, die solcher Auffassung waren, im Verlauf einiger Jahre einsehen müssen, daß sich etwas ganz fundamentales geändert hat. Im alten Staate – wir haben es hier mit der Tatsache an sich zu tun – war der Bürger und Arbeiter mit wenigen Unterschieden so eingestellt, zu sagen, die da oben haben dafür zu sorgen, daß es uns gut geht, und wir haben dafür Gelegenheit, zu bezahlen (Wilhelm II. 21 Millionen, Bethmann Hollweg 100.000 Mk.). In der Richtung hat sich eine Änderung vollzogen und es wird sich immer stärker auswirken der Zwang der Verhältnisse, der im demokratischen Staatsgedanken liegt, der Zwang, daß der einzelne Bürger sich bewußt wird, du bist der Träger des Staates, Träger der Nation, du bist verantwortlich dafür, kannst die Verantwortung nicht abschieben auf die, die zufällig in den Ministersesseln sitzen. Ich habe mich darüber vor kurzem im Reichstag eingehender verbreitet und möchte das nicht wiederholen, möchte nur die Schlußfolgerung ziehen, daß die alte Sozialpolitik des Untertanen-Staates, die im wesentlichen eingestellt war darauf, daß die unteren Volksmassen durch Trinkgelder von oben still gehalten werden sollten, damit sie keine Forderungen an den Staat stellten – diese Situation ist vorbei und das muß sich sozialpolitisch auswirken.

Die Gewerkschaftsbewegung ist von jeher eine Kraft der Demokratie gewesen und wird es bleiben. Die 50jährige Arbeit der Gewerkschaftsbewegung hat mehr als irgend eine andere Bewegung dazu beigetragen, die Masse der Angestellten und Arbeiter für den Staatsgedanken lebendig zu machen. Das wird sich weiter auswirken in sozialpolitischen Fragen. Gerade weil die Gewerkschaftsbewegung eine demokratische Erziehungsorganisation ist, darum muß sie mehr als bisher Wert darauf legen, daß nicht alle Forderungen an den Staat gestellt werden, sondern daß die breiten Massen der organisierten Arbeitnehmer ihre Maßnahmen selber durchführen, anders ausgedrückt, nicht ausschließlich, nicht überwiegend Staatshilfe fordern, sondern noch mehr als bisher tun durch Selbsthilfe und Bruderhilfe im Rahmen der Organisation.

Ich gehe, wie vielleicht dem einen oder anderen bekannt ist, in diesen Dingen sehr weit, ich verlange, daß der Staat sich aus den sozialpolitischen Versicherungsgesetzen, aus den sozialpolitischen Organen überhaupt zurückzieht und diese den Beteiligten selber zur Verwaltung überläßt. Diese eigene Verwaltung bedeutet, daß sie das Recht haben, eigene Dummheiten zu machen und daraus zu lernen.

Diese Forderung nach sozialpolitischer Selbstverwaltung, nach der Entstaatlichung der Sozialpolitik ist besonders eine Frage, die sich auswirken muß im Rahmen der Betriebsräte. Ich will nur wenige Sätze darüber sagen.

Als wir vor 6 Jahren das Betriebsrätegesetz machten und als Schneider damals als Berichterstatter im Reichstag seine Rede hielt für dieses Gesetz, während unten die Maschinengewehre knallten, wurden die Betriebsräte zum Teil überschätzt, zum Teil unterschätzt. Die Betriebsräte sind kein Mittel, mit denen man die allgemeine Glückseligkeit im Staate herbeiführt, sie sind Meilensteine; aber sie sind Mittel, um wirtschaftliche Gedanken in die Angestellten und Arbeiterschaft hineinzuführen, um der Arbeiterschaft wirtschaftliche Kenntnisse zu verschaffen und mehr Verantwortung, diese Gedanken

durchzuführen. Die Betriebsräte scheinen jetzt zu sehr in den Hintergrund gedrängt zu sein. Wir müssen von hier aus die Forderung erheben, daß die Betriebsräte und der hinter ihnen stehende Gedanke der wirtschaftlichen Demokratie lebendig bleiben müssen, von uns lebendig gemacht werden müssen, falls sie unter der Interessenlosigkeit der Massen zu leiden haben.

Ich halte diese wirtschaftlichen Aufgaben der Gewerkschaften für die Zukunft für außerordentlich wichtig. Im ersten Entwicklungsabschnitt der Gewerkschaftsbewegung, der im großen und ganzen geht bis zum November 1918, vielleicht kann man sagen bis zum Hilfsdienstgesetz im Frühjahr 1917, konnten sich die Gewerkschaften im wesentlichen einstellen auf Agitation und Mitgliederwerbung. Sie konnten die anderen Fragen in den Hintergrund treten lassen, teils weil es an der Zeit fehlte, um diese Fragen tiefer zu behandeln und zu beeinflussen.

Aus dieser Anfangszeit, wenn sie wollen, aus diesen Flegeljahren der Gewerkschaftsbewegung, sind wir heraus und wir werden nie wieder hineinkommen. Die Gewerkschaftsbewegung als solche steht in der Periode, in der ein junger Mann steht von 25 bis 30 Jahren. Er kann nicht mehr werden, was er vor 10 Jahren war. Er muß Verantwortung mit übernehmen für die zukünftige Arbeit und Entwicklung. Das gilt auch für die Gewerkschaft.

[...]

Quelle: Anton Erkelenz, Neue Aufgaben der Gewerkschaftspolitik: Freiheitlich-National. III. freiheitlich-nationaler Kongreß des Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände am 14. und 15. März 1926 in Berlin, Berlin-Zehlendorf 1926, S. 40-52.